

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 120.- M. Durch Austräger 600.- M. pro Woche: Durch die Post 2000.- M. pro Monat und Nachzahlung d. Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft Redaktionspostfach: 5-6 Uhr nachmittags. - Postfachkonto Nr. 81050. - Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8897

Dienstag, 20. März 1923.

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 50.- Markt Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.- M. Kleine Anzeigen per Wort 3.- Markt. - Reklame: Die Millimeterzeile 50.- Markt. - Reklame: Die Millimeterzeile 50.- Markt.

Vor dem Generalstreik in Oberschlesien!

Breslau, den 19. März

Lange genug haben die Arbeiter Oberschlesiens das Treiben der deutschen und polnischen Faschisten (Orgesch und Bojowka) geduldet. Während der sogenannten Volksabstimmungsperiode wuchsen die faschistischen Organisationen wie Pilze nach einem warmen Regen: „Selbstschutz“, „Heimatreue“, „Sokolj“ usw.

Während diese deutschen und polnischen Orgeschformationen und hauptsächlich die in diesen Organisationen organisierten, vom Staat gutbezahlten Banditen in erster Reihe die national andersgestimmten Proleten terrorisierten, „verrollten“, „Kofferten“ oder garmordeten, gehen diese selben Banditen jetzt daran unter Führung der Knüppelklinge, Heidebrut, Hittler und all der anderen faschistischen Drahtzieher die klassenbewußten Proleten zu terrorisieren. Die Arbeiter Oberschlesiens lassen sich dies nicht gefallen. Lange genug haben sie dieses Treiben geduldet. Jetzt räumen sie auf. Ueber die Demonstrationen, die am Freitag, den 9. März stattfanden, trogalle dem und alledem haben wir berichtet. Die Verwaltung einiger Betriebe, die durch das mutige, entschlossene Auftreten der Belegschaften ihren Stützpunkt bedroht und also ihre Felle fortzuschwimmen sahen, machten den Versuch, die Aktionsfähigkeit der Belegschaften dadurch zu schwächen, daß sie eine Anzahl klassenbewußter Betriebsräte fristlos entließen. So wurden fristlos entlassen die Betriebsräte Byscia-Borsigwerk Lunk und Gassa-Konfordiagrube und Biallas-Castellengrube.

Das ließen sich die Proleten Oberschlesiens nicht bieten. Geschlossen legten sie ihre Arbeit nieder. Sozialdemokratische, Christliche, Hirsch-Dunkersch, Unionistische und Kommunistische Arbeiter kämpften Hand in Hand. Damit haben die Proleten wieder einmal, wie so oft schon, bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, sich länger unversprochen schikanieren zu lassen. Es ist Sache der USPD- und Gewerkschaftsführer Oberschlesiens, die im Kampf stehenden Arbeiter mit derselben Stärke zu unterstützen wie es die Kommunisten und Unionisten tun. Daß die Arbeiter des übrigen Deutschlands mit all ihren glühenden Sympathien auf Seiten der kämpfenden Arbeiter Oberschlesiens stehen, beweist nachstehender Aufruf, den der Reichsausschuß der Betriebsräte Deutschlands bereits am Sonntag in der gesamten kommunistischen Presse (die sozialdemokratische unterschlägt ihn) veröffentlichte:

40000 ober-schlesische Arbeiter im Generalstreik gegen den Faschismus!

An die Landesauschüsse der Betriebsräte, an die Kontrollauschüsse und Betriebsräte im ganzen Reich!

In Oberschlesien hat der offene Kampf zwischen Faschismus und Arbeiterschaft zum Abwehrstreik von mindestens 40000 Arbeitern geführt. Der Zustand dehnt sich noch ständig weiter aus. Die vom Unternehmertum ausgehaltenen Faschistenbanden, die sich auf große Waffenlager stützen haben den Terror gegen die Arbeiterschaft auf die Spitze getrieben. Die faschistischen Räuberbanden mißhandeln sozialistische Arbeiter, demolieren Betriebsrätszimmer und drohen offen mit Mordtaten.

Weil die Arbeiterschaft Oberschlesiens am 9. März in einer machtvollen Demonstration geschloßen gegen das Treiben der Faschisten auftrat, hat das mit diesen Mordbuben verbündete Unternehmertum in zahlreichen Betrieben

die Betriebsräte fristlos entlassen.

Das ist der Versuch des Kapitals, mit Hilfe seiner bewaffneten Schutztruppen die Betriebsräte als solche illusorisch zu machen, der Arbeiterschaft die Interessenvertretung durch ihre Vertrauensmänner zu rauben. Diese ungeheure Gefahr droht der Arbeiterschaft nicht nur in Oberschlesien, sondern im ganzen Reich.

Geschlossen hat die ober-schlesische Arbeiterschaft gegen diesen bewaffneten Unternehmerterror Front gemacht. Der Reichsausschuß der Betriebsräte hat es als seine Pflicht, den ober-schlesischen Brüdern in diesem Kampfe sofort durch finanzielle Unterstützung zu Hilfe zu kommen. Bei der abgleitenden Gefahr der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie kann von dieser Hilfe auf keine Weise verzichtet werden. Darum darf mit der Einleitung der Sammlungen keine Minute gewartet werden, die Hilfe darf auf keinen Fall zu spät kommen.

Die Landesauschüsse der Betriebsräte, die Kontrollauschüsse und Betriebsräte werden hiermit aufgefordert, sofort Sammlungen für die ober-schlesischen Kämpfer anzustellen zu lassen. Da noch immer vom Streik der Anilinarbeiter die Rede ist, können diese abgeändert und verwendet werden, im anderen Falle sind provisorische Listen anzufertigen und sofort vom Reichsausschuß weitere Listen anzufordern.

Beim Kampf in Oberschlesien steht alles auf dem Spiel. Es handelt sich um die Frage, ob die Unternehmer, gestützt auf

bewaffnete Soldatenbanden, der Arbeiterschaft diktiert und sie verhöhnen dürfen. Die Sammelaktion muß daher schneller in Fluß kommen als beim Pfälzer Kampf.

Alle Referenden heraus zum Kampf gegen den Faschismus! Der Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte. S. u.: P. Grothe.

Der Reichsausschuß hat ferner folgendes Telegramm nach Oberschlesien geschickt:

„An das kämpfende Proletariat Oberschlesiens! Reichsausschuß der Betriebsräte hat Sammelaktion eingeleitet. Haltet aus, die Arbeiterschaft Deutschlands steht hinter Euch!“

Die Presse Schlesiens zum Streik in Oberschlesien.

Die „Volkswacht“ beschäftigt sich zwar sehr breit mit französischen und englischen Auslegungen über die Politik der Cuno-Regierung - bringt aber in der Sonnabend-Sonntag Ausgabe noch kein Wort zu den Vorgängen in Oberschlesien.

Die „Bergwacht“ wartet wohl noch ab, was die „mondeine“, „Nachtpost“ zu dieser neuesten, kommunistischen Wache sagen wird. Die „Bergwacht“ bringt dafür am Freitag schon eine Notiz, worin die USPD-Arbeiter gewarnt werden, sich von den „kommunistischen Gimpelfängern“ emfangen zu lassen, denn:

Nur durch die feste Abweisung aller kommunistischen Säulungsmänner dienen sie der Partei und der Einheit der Arbeiterbewegung.

Treuer ist noch nicht gelogen worden, als es diesmal geschieht.

Ueber die Köpfe dieser Führer hinweg müssen die USPD-Arbeiter trogalle dem den Kommunisten die Hände reichen zum gemeinsamen Kampf.

Die „Schlesische Zeitung“, das Blatt der monarchistischen Junker schreibt in der Sonnabend-Ausgabe unter der Ueberschrift:

„Politischer Streik auf ober-schlesischen Gruben und Hüttenwerken.“

Die Belegschaften des Hüttenwerks Borsigwerk-Aktiengesellschaft, der Hedwigwunsch-Grube, der gleichen Gesellschaft, sowie der Gruben Concordia und Abwehrgrube der Donner-smarchhütte-Aktiengesellschaft sind in den Streik getreten weil mehrere Betriebsratsmitglieder durch die Direktoren der genannten Werke entlassen worden sind. Für den Fall, daß die Arbeitgeber nicht einlenken, droht man von sozialdemokratischer Seite bereits mit dem Generalstreik.

In den letzten Wochen hatte sich in West-Oberschlesien bereits eine lebhaftere kommunistische Agitation geltend gemacht, die u. a. am 22. Februar zu einem kurzen Streik auf der Preußengrube führte. Diese Bewegung fand dann willkommene Nahrung in den Vorfällen, die sich am 24. Februar in Hindenburg anlässlich eines durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Beck verbotenen Fackelzuges abspielten. Es entwickelte sich, besonders in Hindenburg und nächster Umgebung, eine immer stärker werdende Agitation der Kommunisten und Sozialisten gegen die ehemaligen Angehörigen des Selbstschutzes und gegen die wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen, die in der letzten Zeit dort nicht unerheblich an Boden gewonnen haben. (1) Am 9. März, mittags 1 Uhr, wurden auf Veranlassung der Betriebsräte auf fast allen Werken die Sirenen in Tätigkeit gesetzt und die Arbeiter zu Belegschaftsversammlungen gerufen, in denen Entschloßungen gegen „Orgesch“ und „Faschisten“ gefaßt und mit dem Streik gedroht wurde. Da die Stilllegung der Werke aus politischen Gründen gegen den Willen der Direktoren erfolgt war, stellenweise sogar unter Gewaltanwendung gegenüber den Pfortnern und anderen Angestellten, welche sich weigerten, die Sirenen in Gang zu setzen, wurden mehrere der schuldigen Betriebsratsmitglieder fristlos entlassen. Daraufhin trat am Donnerstag die Arbeiterschaft des Hüttenwerkes der Donner-smarchhütte-Aktiengesellschaft in den Streik, es folgten heute Vormittag Hedwigwunsch- und Concordiagrube, und zur heutigen Nachmittagszeit fuhr auch die Belegschaft der Abwehrgrube in Mühlstühn nicht an.

Die Zahl der feiernden Arbeiter beträgt insgesamt ungefähr 16000. Heute Nachmittag fanden in Gleiwitz Verhandlungen zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaften unter Teilnahme eines Regierungs-kommissars statt.

Die „Schlesische Volkszeitung“, das Blatt der katholischen Ausbeuter schrieb in der Sonntag-Ausgabe unter der Ueberschrift:

„Streikaufrufen in ober-schlesischen Berggebiet.“

Am 6. März forderte der Ortsausschuß der freien Gewerkschaften Hindenburg zu einer allgemeinen Betriebsräte- und Vertrauensmännerkonferenz auf. Dort beschloß man, am 9. März in allen Betrieben durch den Betriebsrat Protest-versammlungen gegen Geheimorganisationen einzuberufen zu lassen. Die Vertreter der Christlichen und Hirsch-Dunkersch Gewerkschaften waren weder eingeladen, noch haben sie sich in irgend einer Form an den Beschlüssen dieser Protest-versammlungen beteiligt. Die Folge dieser Aktion war die Entlassung mehrerer Betriebsräte, hauptsächlich deswegen, weil sie während der Arbeitszeit politische Versammlungen gele-

tet hatten. Es fanden bereits Verhandlungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen in Anwesenheit von Dr. Brandes, Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Hilfsarbeiter Briesch, Vertreter der Regierung in Oppeln und Polizeioberst Sossner im Gewerkschaftshaus der Christlichen Gewerkschaften in Gleiwitz statt. Sie verliefen ergebnislos.

Die Drahtzieher haben da etwas ganz Unberantwortliches (damit können doch nur die faschistischen Drahtzieher gemeint sein. Die Red. der „Schl. Arb.-Ztg.“) angezettelt. Während Deutschland im schwersten Abwehrkampf steht, während überall Ueberflachten im Bergbau verfahren werden, um den französischen Anschlag auf das Ruhrgebiet zu nichte zu machen, verliert man hier, politische Forderungen, die sicherlich durch Verhandlungen zu verwirklichen gewesen wären auf solche wahrwichtige Weise durchzusetzen. Keine Freude an solchem Unterfangen können nur die Feinde der Arbeiterschaft, die Franzosen und ihre kapitalistisch-militaristischen Bundesgenossen in Polen haben. Im höchsten vaterländischen Interesse läge jetzt ein Entgegenkommen beider Parteien.

Wenn die Arbeiter Oberschlesiens daran gehen den Faschisten das Handwerk zu legen, ist dieses „fromme“ Paß gleich mit einer Phrase zur Hand um die Arbeiterschaft vom Kampf zurückzuhalten. Die Entwaffnung der Faschisten kommt den französischen Kapitalisten ebenso ungelogen wie den Deutschen. Die „Schlesische Volkszeitung“ möge den Arbeitern verraten, ob es im „Vaterländischen Interesse“ lag, daß die Anilinpatrioten an den „Erbfeind“ die Rezepte für die Herstellung der Giftgase verschafferten.

Das Proletariat Oberschlesiens weiß, daß die Kapitalisten Oberschlesiens bzw. Deutschlands die wahren Feinde der Arbeiterschaft sind und daß sie auch nicht um ein Jota besser sind als die Kapitalisten in Frankreich oder in Polen, die Feinde der dortigen Arbeiterschaft.

In der Sonntag-Ausgabe schreibt die „Schlesische Zeitung“ unter der Ueberschrift:

„Der Streikbewegung in Oberschlesien.“

Der Streik im west-oberschlesischen Industriegebiet zeigt wieder einmal, wie leicht eine Minderheit, wenn sie entschlossen und rücksichtslos vorgeht, und sich auch des persönlichen Terrors bedient, eine große Masse mit sich fortzieht. Die Belegschaftsversammlungen vom 9. März sind in der sozialistischen Presse als gewaltige Kundgebungen hingestellt worden. Tatsächlich sind sie dies durchaus nicht gewesen. Auf Borsigwerk, das jetzt am stärksten von dem Streik betroffen ist, war die Stimmung der Arbeiterschaft für die von den Betriebsräten unter Ueberbreitung ihrer Befugnisse während der Arbeitszeit einzuberufene Versammlung nur mäßig, so daß die Betriebsräte es für nötig hielten, einen Teil der Leute durch Drohungen und mit Gewalt zu der Versammlung heranzuholen. (1) Die Entlassung der beiden schuldigen Betriebsratsmitglieder erfolgte am vergangenen Mittwoch. Am Donnerstag früh wurde von Seiten der Arbeiter die Wiedereinstellung der Entlassenen verlangt. (Und das, obwohl die Stimmung „nur mäßig“ war! Die Red. der „Schl. Arb.-Ztg.“) Als die Werkleitung dies verweigerte, durchzog eine Horde 12 bis 19 jähriger Burshen den Betrieb und zwang die Belegschaft, die Arbeit niederzulegen, wobei zwei Praktikanten blutig geschlagen wurden. Die Burshen erbrachen auch eine Anzahl Spinde von Arbeitern, von denen sie annahmen, daß sie zum Selbstschutz gehört haben, angeblich, um nach Waffen zu suchen; sie stahlen jedoch dabei auch Geld. Als besonderer Erfolg wurde verkündet, daß in einem Spinde ein Maschinengewehr gefunden worden sei. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um einige unbrauchbare Waffenteile, die schon bei einer früheren Durchsuchung von der Schupo gefunden, aber als wertlos zurückgegeben worden waren. In der folgenden Nacht wurde das Betriebsrätszimmer auf Borsigwerk demoliert. Der diesen Angriff verurteilt hat, konnte bisher nicht festgestellt werden. Von sozialistischer Seite wird behauptet, der „Selbstschutz“ sei es gewesen, und er bedrohe die Belegschaft mit Waffen. Die Werkleitung, die durch die in dem Zimmer angerichteten Verwüstungen in erster Linie geschädigt ist, hat von dem Vorfall der Polizei Anzeige erstattet.

Auch auf der Donner-smarchhütte war die Belegschaftsversammlung am 9. nur mäßig besucht. Die Entlassung zweier Betriebsratsmitglieder von der Concordiagrube der Donner-smarchhütte A.G. erfolgte teils wegen der Einberufung der Versammlung während der Arbeitszeit, teils weil die Sirenen gegen den existierenden Widerstand des Personals gezeugt worden war. Auf der Castellengrube war bereits am 22. Januar ein ähnlicher Uebergriff vorgekommen. Der Betriebsrat hatte dort gegen das Verbot der Werkleitung eine Belegschaftsversammlung einzuberufen und nach der Versammlung eigenmächtig die Zeit für die Selbstschutzversammlungen lassen. Wegen dieses Eingriffes in den Betrieb wurde ein Verfahren vor dem Schlichtungsausschuß anhängig gemacht, welcher am Freitag auf Amtsenthebung des Betriebsrates erkannte. Dies war der Grund dafür, daß nun auch die Belegschaft der Castellengrube heute früh in den Streik trat. Erst nachher ist die fristlose Entlassung des Vorsitzenden des Betriebsrates wegen der weiteren Uebergriffe am 9. März erfolgt.

Um die jetzige Bewegung zu charakterisieren, genügt der Hinweis, daß der früher schon genannte kommunistische

Agitation Jada... wieder eifrig am Werke gewesen ist. Man darf annehmen, daß der überwiegende Teil der Arbeiterschaft noch immer gegen den Streik ist. In der gestrigen Besprechung mußte auch seitens der Gewerkschaftsleiterer zugegeben werden, daß die gemäßigten Betriebsräte sich mit den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes in Widerspruch gesetzt haben, und man kann es unter diesen Umständen den Betriebsleitungen nicht übel nehmen, daß sie sich auf eine Wiedereinstellung dieser Leute, von denen man befristet muß, daß sie auch weiterhin die Ordnung in den Betrieben gefährden, nicht einlassen wollen. Auf der anderen Seite sucht man die Arbeiterschaft mit dem Alarmruf, die Republik sei in Gefahr, aufzupeitschen. Sollte es zu einer Verschärfung der Lage kommen, so würden die Arbeiter davon keinen Vorteil haben, aber das deutsche Volk in seiner Gesamtheit könnte bei den gegenwärtigen gespannten Lage unermesslichen Schaden erleiden. Darum ist zu hoffen, daß es gelingt, den Weg zu einer Verständigung zu finden.

Wir haben dieses Erzeugnis des kapitalistischen Pressesystems vollständig gebracht, um den Arbeitern zu zeigen, wie es gemacht wird. Von der ersten bis zur letzten Zeile eine Heße gegen die Arbeiter! Immer ist es die „Minderheit“ die sich des „persönlichen Terrors“ bedient — und die Masse mit sich fortweist zu dem „unverantwortlichen Beginn!“

Dabei wimmelt es von Widersprüchen. Die Stimmung war mäßig, die Belegschaft wurde von den Betriebsräten mit Gewalt zu der Versammlung herangeholt. Diese selbst Belegschaft verlangt aber einige Tage später die Einstellung der bereits entlassenen Betriebsräte — also diesmal ohne „persönlichen Terror“ der entlassenen Betriebsräte — eine Horde 17- bis 19-jährige Burthen ist es dann, die die Belegschaft zwingt die Arbeit niederzulegen. Daß diese „Horde“ in der Fantasie des bürgerlichen Presseschmuds „auch Geld“ stiehlt, ist klar. Der Schmud denkt wenn es die Ordnungsstufen tun, kann man das auch von den Arbeitern annehmen. Das Maschinengewehr war natürlich „als wertlos zurückgelassen worden“. Wer das Betriebsbüro demoliert hat, konnte bisher nicht festgestellt werden. Freilich, freilich! die nur zu begrüßende Solidaritätsaktion der Arbeiterschaft wird dann als „politischer Streik“ hingestellt und dem Schwindel ist die Kronaufgestellt. Fehlen darf natürlich nicht der Schwindel, daß die Arbeiter davon keinen Vorteil haben werden“ und daß „das deutsche Volk in seiner Gesamtheit bei der gegenwärtig gespannten Lage unermesslichen Schaden erleiden“ würde. Ob die Großwucherer die Bahnhöfen die Kuponschneider, die Grubenbesitzer, diese schamlosen Ausbeuter dabei schleicht wegkommen, danach darf die Arbeiterschaft nicht und niemals fragen! Interessant ist es, daß „von vielen der Gewerkschaftsführer zugegeben wurde, daß man es den Betriebsleitungen nicht übel nehmen, wenn sie sich auf eine Wiedereinstellung dieser Leute nicht einlassen will. Die Arbeiter werden es ihnen „vertreten“ doch übernehmen, daß sie es den Betriebsleitungen nicht übelnehmen, wenn sie die Fasziisten unterstützen. Betriebsräte entlassen und ihnen aus dem Betriebsrätegesetz einen Strich drehen. Ganz pirunisch müssen und werden die Arbeiter es ihnen „übernehmen“!

Das „Volkswort“ berichtet gleichfalls über den Betrat der Gewerkschaftsführer, zwar nicht so offen und ungeniert, wie es die „Schlesische Zeitung“ tut, doch immerhin deutlich genug.

Die Vermittlungsvorschläge der Gewerkschaften die Betriebsräte neu als Arbeiter einzustellen, bieten ebenfalls obere Beachtung. Man (!) erkläre sich bereit, es bei diesen drei Maßregelungen beruhen zu lassen und andere Maßregelungen aus der Streitgesprächsammlung nicht mehr folgen zu lassen. Dadurch würde erzielt (!), daß die noch vorzunehmenden Entlassungen rückgängig gemacht werden. Daraus bleiben noch drei Betriebsräte, und zwar der Betriebsrat in Bismarck von Bogner und die Betriebsräte Eum und Hella von der Konradstrasse. Durch Schiedspruch des Schiedsgerichtes des OLG ist nunmehr auch der Betriebsrat Bismarck von Eichelbergstraße entlassen worden. Die Belegschaft war heute früh in den Streik.

Die gemäßigten Betriebsräte sind Mitglieder der freien Gewerkschaften — die 3 ersten gehören den deutschen, Bismarck einer polnischen freigewerkschaftlichen Organisation an.

Auf dem Kongreß der Betriebsräte, der am Sonntag stattfand stimmten für die Resolution der Gewerkschaftsführer, sage und schreibe 5 Gewerkschaftsführer, die Angehörigen dieser Niederlage „töten“ wollten. Sie wurden von den versammelten Betriebsräten aufgefordert, dann aber möglichst bis hinter Breslau zu „töten“. Die Christlichen und Hiesig-Dänischen Vertreter wollten gleichfalls sabotieren. Die Arbeiter befehlten sie eines besseren. Unter dem Druck der Arbeitermassen nehmen sie eine Schwertung vor. Das gibt den Arbeitern Veranlassung jetzt noch mehr als bisher ihnen nicht nur aus Mitleid sondern auch auf die Knochen zu gucken. Ueber die Lage wird uns berichtet:

Siebis, 18. März.

Es breiten in Oberschlesien, laut Sonnabendbericht, jetzt 3000 Arbeiter.

Am Sonntag, vormittags 10 Uhr, fand in Glaburg ein Betriebsrat-Kongreß statt. Es sollten daran alle arbeitsgemeinschaftlichen Betriebsräte teilnehmen. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter mit ihren 20 Betriebsräten sollte ausbleiben werden. Deshalb große Gekrümmung bei den arbeitsgemeinschaftlichen Betriebsräten. Alles beruht darauf, die Zulassung der arbeitsgemeinschaftlichen Betriebsräte, welche vor dem Streik verabschiedet sind.

Das große Stück erregten die Betriebsräte die Teilnahme für die Unionen. Die Tagesordnung des Kongresses lautet: Stellungnahme zu den ober-schlesischen Agitation und zum Streik. Die Führer der arbeitsgemeinschaftlichen Organisationsverbände, der Streik abzutreiben. Die Betriebsräte und Funktionäre haben in hiesiger Opposition. Der Führer hat geborgene, kapitalistische und fiese sich gewandt für einen Generalstreik einzusetzen, wenn bis Mittwoch, 9 Uhr vormittags, die Arbeiter keine zufriedenstellende Antwort gegeben haben und die gemäßigten Betriebsräte nicht reflexiv wieder eingestellt sind. Sollte die Antwort nicht kommen, so wird ein neuer Kongreß für Mittwoch, 9 Uhr vormittags, zusammengerufen, welcher dann die Generalstreikparole mit der Gewerkschaft herausgeben wird. Bis dahin sollte sämtliche Betriebe in Oberschlesien, welche noch nicht Streik-

Belegschaftsversammlungen ableiten, Stellung zum Streik nehmen. Auch in Belegschaftsversammlungen soll eine Agitation und Propaganda für den Streik entfaltet werden. Angeheuer Vageisterung bricht aus, als der Vertreter der Unionisten seine Erklärung abgibt. Große Begeisterung löste auch das Telegramm des Reichsausschusses der Betriebsräte aus, das vom Genossen V. verlesen wird und lautet: „An das kämpfende Proletariat Oberschlesiens! Der Reichsausschuss der Betriebsräte hat Sammelaktion ein-geleitet. Halte aus! Die Arbeiterschaft Deutschlands steht hinter Euch.“

Sodann wählte der Kongreß eine Kommission von fünf Mitgliedern (Betriebsräten), welche nach Waldenburg und Breslau zu fahren hat, um in diesen Bezirken mit der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften Rücksprache zu nehmen, zur Durchführung eines allgemeinen Generalstreiks. Es soll die Generalstreikparole auch auf Waldenburg ausgedehnt werden.

Der Kongreß beschließt, in allen Bezirken am Montag und Dienstag Belegschaftsversammlungen abzuhalten. Zweck dieser Belegschaftsversammlungen ist, Entfaltung einer Agitation und Propaganda für einen Generalstreik.

Daraufhin wurde mitgeteilt, daß auch die Eisenbahner nicht abgenügt sind, Eisenbahn und Verkehrsmittel stillzulegen.

Heute finden in vielen Bezirken Belegschaftsversammlungen statt. Hauptsächlich nimmt der Gleiwitzer Bezirk am heutigen Tage zu einem Generalstreik Stellung. Sonst ist die Lage unverändert.

Das Programm der Fasziisten und seine Verwirklichung.

Von Mathias Rakosi.

Es dürfte unsere Leser interessieren, was die Fasziisten Italiens zu tun vorhaben, bevor sie aus Ruder kamen und was sie tatsächlich taten, als sie ans Ruder kamen. Die Nationalsozialisten, Großdeutschen, Deutschsozialisten (Knüppelungszwinger), Deutschpolnischen (Halentkrenzler), diese deutschen Fasziisten drapieren sich gleichfalls mit allerlei „radikalen“ und „sozialen“ Forderungen, würden es aber, wenn sie zur Macht kämen, ebenso treiben wie es ihre italienischen Mitbrüder tun. Es ist nur zu begrüßen, daß das Proletariat Oberschlesiens diese Arbeitermörder bereits durchschaut hat und daran geht, ihnen das Handwerk zu legen, bevor sie noch größeres Unheil anrichten. Es wird in keinem solchen Kampfe nicht allein bleiben. D. Red.

Als die Fasziisten im März 1919 ihre Tätigkeit begannen, gaben sie sich ein umfangreiches Programm. Zur Erreichung ihres allgemeinen Zieles, „Auswertung des revolutionären Krieges“ (so nannte Mussolini den Weltkrieg, um ihn schmachvoller zu machen), haben sie in vier Punkten ihre politischen, sozialen, militärischen und finanziellen Forderungen festgelegt.

Auf dem politischen Gebiete verlangten sie einen weiteren Ausbau der Demokratie, die Einführung der Proportional-Wahlen, Stimmrecht für die Frauen, Herabsetzung der Altersgrenzen für die Wähler und die Wählbaren, vor allem aber ein Einkamersystem. Ihr soziales Programm umfaßte einen erhöhten Schutz der Invaliden, eine bessere Arbeitsvermittlung, den Achtstundentag, staatliche Festlegung der Mindestgehälter, Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter. Auf militärischem Gebiete verlangten sie eine Nationalmiliz mit einer kurzen Instruktionszeit und ausschließlich für Verteidigungszwecke, Nationalisierung der Kriegsindustrie. Ihr Finanzprogramm stellte drei Forderungen auf: eine außergewöhnlich hohe progressive Kapitalsteuer, die die Bedeutung einer teilweisen Enteignung der Besitzenden haben sollte, dann Beschlagnahme der Kirchengüter zugunsten des Staates und Revision der Kriegskostenerträge und Beschlagnahme der Kriegsgewinne bis zu 85 Proz. Dieses Programm, umgeben von nationalitätlichen, chauvinistischen Phrasen, war das geistige Rüstzeug, mit dem der Fasziismus neben Kriechern und Handgranaten, Stahlhelmen, Knüppeln und Knizmus-Del zur Verwirklichung der italienischen Arbeiterklasse und zur Eroberung der Macht schritt. Dies auf dem Papier so radikalen Forderungen hatten ihnen ermöglicht, einen Teil der Arbeiterschaft und der arbeitenden Kleinbürger, die von der sozialistischen Bewegung noch nicht erfasst worden waren oder von der reformistischen unfruchtbaren Linken der italienischen Sozialistischen Partei enttäuscht und müde waren, zu gewinnen.

Es ist sicher, daß die Fasziisten ihre Erfolge in erster Linie der Gewalt verdanken. Es ist aber ebenso sicher, daß es ihnen gelungen ist, mit diesem Programm und mit seiner demagogischen Anwendung bei einem nicht unbedeutlichen Teil der Arbeiter — wenn diese auch nicht für sich zu gewinnen — so doch unläugbare Sympathien zu erwecken oder sie den Fasziisten gegenüber neutral zu machen.

Nun sind die Fasziisten jetzt an der Macht. Das Proletariat ist gebrebelt und zertrümmert. Es ist die Zeit gekommen, wo die Fasziisten ungehindert zur Erlösung ihrer programmatischen Versprechungen schreiten können. Wir werden ganz kurz Punkt für Punkt anführen, wie sie ihre vier Grundforderungen ins Leben umsetzen.

Auf politischem Gebiete schritten sie zur Einschränkung der Demokratie, zur Abschaffung des inzwischen eingeführten Proportionalwahlensystems und berieten sich über die verschiedensten Pläne der weiteren Einschränkungen. Sie unterstreichen bei jeder Gelegenheit, daß sie Anti-Demokraten, Anti-Parlamentarier sind, und vor einigen Tagen erst erklärte Mussolini, daß es, wenn er die Majorität bei den nächsten Wahlen erhält, gut sei, wenn nicht, würde er schon verfügen, seinen Willen mit Hilfe der fasziistischen Miliz durchzusetzen. Auf sozialem Gebiete war einer der dringlichsten Schritte der Fasziisten-Regierung, die Invaliden-Unterstützung zu reduzieren. Das wurde in einer so unerschrockenen und unheimlichen Form durchgeführt, daß trotz des Terrors, der jetzt in Italien herrscht, spontane Massen-Demonstrationen der Invaliden entstanden. Die Fasziisten, die sich doch in den ersten Monaten ausschließlich aus ehemaligen Kriegsteilnehmern rekrutierten, zeigten auf diese Art ihre Dankbarkeit denjenigen gegenüber, die ihnen halfen, zur Macht zu gelangen. An Stelle der staatlichen

Festsetzung der Mindestgehälter reduzierten die fasziistischen Schiedsgerichte die Löhne der Arbeiter um 25 bis 50 Prozent. Dafür gaben sie den Hausbesitzern das Recht, die Miete „in gutlichem Uebereinkommen“ mit den Mietern zu „regeln“, das heißt zu steigern. Den Landeskongreß der Mietervereine, der der allgemeinen Empörung über diese Verfügung Ausdruck geben wollte, haben sie einfach verboten.

Auf militärischem Gebiete haben sie statt des Militärsystems ein ständiges Heer von fasziistischen Söldlingen geschaffen und die Dienstzeit in der Armee von 12 auf 18 Monate erhöht. Statt einer Nationalisierung der Kriegsindustrie steuert die fasziistische Regierung in die bankrotteten Ansaldo-Werke, die dem französischen Geldgeber der Fasziisten gehören, aus Dankbarkeit „für Sanierungszwecke“ solche Beträge, daß die ganze italienische Bourgeois-Presse darüber entrüstet ist. Dafür übergaben sie bereits das Telephon an Privatgesellschaften, zur Hebung der privaten Initiative“ und werden die Post, Eisenbahn usw. ebenfalls entstaatlichen. Auf finanziellem Gebiete hört man nichts mehr von progressiver Besteuerung der Kapitalisten. Statt dessen wurde sofort eine Lohnsteuer eingeführt, die von den Löhnen der Arbeiter automatisch abgezogen wird. Ebenso wenig spricht man von der Enteignung der Kirchengüter. Dagegen wird der Religionsunterricht mit Zehntausenden von Religionslehrern auf Staatskosten wieder in den Schulen eingeführt. Wenn wir noch erwähnen, daß die Fasziisten radikal-republikanisch waren und jetzt als Staatsideal eine „Katholische Monarchie unter der Führung einer starken konservativen Partei“ predigen, so gaben wir ein ungefähres Bild davon, wie sie ihr Programm in die Wirklichkeit umsetzen.

Das Geheimnis dieser Umwandlung ist klar. Solange sie zur Verfeinerung ihrer Ziele gezwungen waren, gaben sie sich den Anschein, als ob sie auch im Interesse der Arbeitenden etwas machen wollten. Nachdem es ihnen gelungen ist, das italienische Proletariat nicht zuletzt mit Hilfe ihrer Versprechungen — an Händen und Füßen zu fesseln, haben sie diesen Schein sofort abgetreißt, und zeigten ihr wahres Gesicht.

Die Nationalsozialisten möchten dasselbe Spiel in Deutschland wiederholen. Das deutsche Proletariat wird aber nicht auf diesen Leim gehen, sondern ihnen das Handwerk legen, bevor es zu spät ist.

Die Halentkrenzler.

Bei dem Fasziistensturm auf das Ingolstädter Gewerkschaftshaus wurden auch Schüsse gewechselt, bei denen mehrere Verletzte am Platze blieben. Die proletarischen Hundertschaften sind aber auf dem Posten und so schlugen denn auch manche andere Unternehmungen der Halentkrenzler in letzter Zeit fehl. Ueberrall hatte sich in den bayrischen Ortschaften die Arbeiterschaft zahlreich eingestellt und so mußten denn die Fasziisten z. B. aus Amberg verschwinden. In Sulzbach ließen die Arbeiter eine Halentkrenzler-Versammlung nicht stattfinden und setzten den sofortigen Abzug des Sturmtrupps durch. In Bering wurden sie samt ihrem Referenten Streicher aus Nürnberg gleichfalls vertrieben. Die Arbeiter übernahmen den Vorsitz über die einberufene Versammlung und die Halentkrenzler mußten unverrichteter Sache zurückreisen. Nur weiter so.

Auch in Mecklenburg ist es gelungen, durch die Schaffung einer handfesten Abwehrorganisation den Fasziisten ein Paroli zu bieten. Das Klassenbewußte Proletariat hat dieser Tage in Parchim und in Lübz bewiesen, daß es auf dem Plan ist und keine fasziistischen Provokationen der Halentkrenzler mehr duldet. In Lübz wurden die Halentkrenzler mit ihren eigenen Gasmitteln aus dem Saal geprügelt. Den Mordbanditen wurden über 40 Gummimäppel, ein Duzend Schlagringe und mehrere Militärpistolen abgenommen.

Sozialdemokratische Linken.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag eine große Anfrage über die Enthüllungen der „Roten Fahne“ eingebracht, die sich auf die sozialdemokratische Fraktionsverhandlung betr. die Beteiligung Seckts und der Reichswehr an einem Rechtsputsch bezogen. In demselben Atemzuge, wo der „Vorwärts“ von Phantastereien der „Roten Fahne“ schreibt, gibt er jedoch auch zu, daß es sich um allgemein bekannte Tatsachen teilweise handle, die allerdings auch erst durch die „Rote Fahne“ bekannt und anfänglich abgeleugnet wurden. Die große Anfrage ist natürlich nur ein Ablenkungsmanöver der Sozialdemokratie, um sich und Severing aus der Klemme zu ziehen.

In diesem Zusammenhang ist es auch nicht verwunderlich, daß in der gleichen Nummer 126 der sozialdemokratischen Parteivorstand erklärt, er lehne grade jetzt entschieden denn je ein Zusammengehen mit den Kommunisten ab. Die Bildung der proletarischen Hundertschaften aus den Reihen aller organisierten Arbeiter zur Abwehr des Fasziismus scheint dem sozialdemokratischen Parteivorstand arg auf die Nerven gefallen zu sein; die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter haben eben die politische Lage und das Gebot der Stunde besser erfasst als ihre obersten Führer, auf deren „Verbote“ sie im Interesse der proletarischen Einheits- und Abwehrfront preisen, wie die tägliche Erfahrung lehrt.

Die Vorgänge in Buer in Westfalen.

In Buer sind bekanntlich zwei französische Offiziere wahrscheinlich von fasziistischen Subjekten ermordet worden. Die französischen Machthaber griffen zu drakonischen Abwehrmaßnahmen, aber der kommunistische Generalrief sich dabei auf deutsche Vorbilder während des Krieges. Wir heben das besonders hervor, weil die gesamte deutsch-bürgerliche Presse diesen Hinmets des französischen Militärs auf das deutsche Beispiel unterschlagen hat. Die moralische Entrüstung beim Bürgertum ist dem-

entsprechend zu bewerten. Unser Parteiblatt, das „Ruh-Echo“, verzichtete auf eine eingehende kritische Würdigung der Vorgänge in Buer, solange nicht ein einwandfreies Zeugnis aus Arbeiterkreisen vorliegt.

Wegen der Morde in Buer wurde die gesamte Presse in Dortmund verboten. Unsere in Essen gedruckte „kommunistische Arbeiter-Zeitung“ erschien aber weiter. Deshalb haben die Faschisten das Dortmunder Büro der KPD, und andere Essener Drucker zu stürmen versucht, wurden aber durch das Aufgebot proletarischer Hundertschaften von ihrem Zerstörungswert ferngehalten.

Her mit billiger Kohle.

Der sozialdemokratische „Volkswille“ in Gelsenkirchen vom 15. März schreibt angesichts der brochenboollen Kohlenlager:

„Die Kohle verdirbt und wir frieren, ein geradezu unerhörter Zustand. Wir stehen nicht an, den kommunistischen Vorschlag „sofortige Belieferung aller Privathaushaltungen ohne Mieseneinkommen mit 50 Zentnern Hausbrandkohle zum Preise von 1500 bis 1800 Mark je Zentner“ voll und ganz zu unterstützen.“

Internationale Konferenz.

Der Einheitsfront-Landesauschuss.

In den Landesauschuss der rheinisch-westfälischen Betriebsräte wurden u. a.

5 USPD-Genossen und 2 KPD-Genossen gewählt.

Hier ist eine Einheitsfront gebildet, hier ist die Voraussetzung für den einheitlichen Kampf des Proletariats erfüllt, von hier aus wird Brezche geschlagen in die Front der

Ausbeuter und Kriegsbeher.

Der Steuerbetrug der Zigaretten-Industriellen.

Eine der bekanntesten Arten des Steuerschwindsels ist der Verkauf von unsteuerbaren Zigaretten oder die Fälschung von Banderolen. Die Steuer auf Zigaretten beträgt gegenwärtig ungefähr 46 Prozent des Verkaufspreises, so daß bei diesem Steuerbetrug recht hohe Summen für die Kapitalisten zu verdienen sind. Die „Vossische Zeitung“ berichtet ausführlicher über diesen Steuerbetrug. Die Banderolen werden gefälscht, die Konsumenten müssen die gleichen Preise bezahlen wie bei tatsächlich versteuerten Zigaretten, das Geschäft machen die Zigarettenindustriellen. Oder aber, eine Firma teilt mit, daß die Banderolen, die ohne Preisaufdruck den Firmen von den Steuerbehörden überlassen werden, für 30-Mark-Zigaretten verwendet wurden, während tatsächlich diese Banderolen für 100-Mark-Zigaretten verwendet wurden. Die Differenz fließt ebenfalls in die Taschen der Unternehmer. Nicht weniger als 25 bis 30 Prozent der in Deutschland erzeugten Zigaretten werden zu hohen Preisen verkauft, ohne daß die angeblich in den Preisen mit eingerechneten Steuern von den Unternehmern bezahlt werden. Die „Vossische Zeitung“ verzeichnet diesen Steuerbetrug der Zigarettenindustriellen auf etwa 200 Milliarden jährlich.

Der Steuerbetrug der Zigarettenindustriellen ist das Seitenstück zum Steuerbetrug der Kohlenbarone und ein weiterer Beweis, daß die Verbrauchssteuern ein ausgelegter Schwindel sind, durch den dem Konsumenten das Geld aus der Tasche gelockt wird, das nicht einmal dem Staat, sondern dem Großkapital zulieft.

Stinnes kann durchhalten.

Nach österreichischen Blättermeldungen arbeitet die dortige Stinnesplantage, die Alpine Montangesellschaft, mit der Bezeichnung des Ruhrgebietes durch Poincare mit Hochdruck, ebenso die tschechoslowakischen Eisenerze, die ebenfalls dem Stinneskonzern nahesteht. Stinnes kann also mit aller Ruhe den Zeitpunkt abwarten, zu dem er zu einer Verständigung mit den französischen Schwerindustriellen kommen wird. Er ist in der Lage, den Ausfall der Ruhrproduktion durch erhöhte Profite in seinen ausländischen Unternehmungen auszugleichen. Der Internationalismus des Kapitals ist dem des Proletariats immer noch tausendfach überlegen.

„Etwas muß gemacht werden“

oder neue Ruhrparolen der 2. Internationale.

Bekanntlich beantragt Macdonald und seine Freunde, eine Kommission aus Vertretern des englischen, des französischen und des belgischen Parlaments soll gebildet werden zwecks Austausch von Ansichten über Ruhrbesetzung und Reparationen. Gestern hieß es Völkerbund und Amerika! Heute: interparlamentarischer Diskussionsklub. Es ist recht interessant aus dem „Daily Herald“ zu erfahren, wie Macdonald diesen Parolenwechsel begründet: „Es ist augenblicklich zwecklos, an den Völkerbund zu denken oder die Franzosen zur Räumung des Ruhrgebietes einzuladen oder von Amerika zu verlangen, es solle intervenieren, da wir aber alle das Gefühl haben, daß etwas gemacht werden muß, haben wir diesen neuen Vorschlag gestellt.“

Es ist das bekannte Verfahren der Karpfischer und Charlatane: man macht „irgend etwas“, damit der Kranke glaubt, man trage zu seiner Heilung bei.

Für den Betriebsräteangriff in Sachsen

hat sich eine Vollversammlung der Betriebsräte der Dresdener Metallarbeiter ausgesprochen. An den Wirtschaftsminister Felsch, der dort ein Referat gehalten hatte, richtete der Landesauschuss der sächsischen Betriebsräte einen offenen Brief, der ihn auffordert, unter Aufhebung des Erlasses des Innenministeriums die Tätigkeit der Kontrollausschüsse nach Maßgabe aller vorhandenen Kräfte zu unterstützen.

Für Arbeiterregierung und Betriebsräteangriff sprachen sich auch das Gewerkschaftsorgan Döbeln und verschiedene Großbetriebe von Chemnitz, darunter die graphischen Hilfsarbeiter, aus.

Kapitalistisches Gerause.

Die Zuckerindustriellen machen in moralischer Enttäuschung, sie versuchen, Proteststürme zu entkesseln, weil die Regierung den Preis für Zucker auf 81.000 anstatt, wie verlangt, auf 90.000 Mark festgesetzt hat.

Die wahnsinnige Preistreibererei bei Zucker stört die Interessen des Großhandels. Sein Hauptstich ist Halle an der Saale. Die Großhändler haben hier gegen die Erhöhung der Zuckerpreise auf mehr als das Doppelte eine Protestkundgebung arrangiert und feierlich erklärt, daß sie Zucker zu dem von der Regierung festgesetzten unerhörten Preise nicht abgeben werden. Die Regierung rebet täglich von Preisabbau, sie lehnt die Gehalts- und Lohnaufbesserungen ab, dazu paßt es sehr schlecht, ein so wichtiges Nahrungsmittel, wie den Zucker, so unerhört zu verteuern.

Das ist eine sehr verdiente Kritik, aber schließlich sagbalden sich die Interessenten nur um die Anteile an der Beute. Der kapitalistische Handel erwägt die Konsumenten ebenso mit dem Wucherfeil wie die kapitalistischen Produzenten.

Kurze Meldungen.

Genosse Höllein in Paris verhaftet. Nach bürgerlichen Pressemeldungen soll Genosse Höllein am Sonnabend, als er in Paris eine Rede hielt, von der französischen Polizei verhaftet worden sein.

Ein sozialistisches Attentat. Auf den rheinischen Sonderbündler Smeets wurde am Sonnabendabend ein Attentat in Köln verübt. Smeets ist schwer verletzt worden, sein Sekretär ist tot.

Abhebung der achten Stunde im Waldenburger Kohlenrevier. Eine Revierkonferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes, die am Sonntag, den 18ten März in Waldenburg stattfand, lehnte mit überwältigender Mehrheit die achte Stunde ab.

Sozialdemokratische Minderheitsregierung in Sachsen. Wie die „Volkswacht“ meldet, ist in Sachsen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung gebildet worden. Die Kommunisten haben sich bereit erklärt, unter gewissen Bedingungen eine sozialdemokratische Regierung zu unterstützen.

Die ober-schlesischen Grundbesitzer vor dem Landtag. In der Sonnabendssitzung des Landtages richtete Genosse Sobotta scharfe Angriffe gegen die ober-schlesischen Kohlenbarone und brachte die infolge der mangelhaften Sicherheit vorgekommenen Grundbesitzer zur Sprache.

Die Revolutionsfeier in Berlin. Die Märzfeier in Berlin verlief unter ungeheurer Teilnahme der arbeitenden Bevölkerung. Die Gräber der Märzgefallenen wurden von ungezählten Tausenden besucht.

Schlesische Rundschau.

Ein nobles Geschwisterpaar.

Bergwacht — Nachtpost.

Die „Bergwacht“ kann sich immer noch nicht beruhigen und behauptet, daß ein Rundschreiben unserer Gewerkschaftsabteilung vom 27. Januar existiere. Wir haben bereits einmal festgestellt, daß sowohl in der Redaktion als auch bei unserer Bezirksleitung ein solches Zirkular nicht vorhanden ist und auch nicht verhandelt wurde. Wenn die „Bergwacht“ nunmehr weiter an ihrer Behauptung festhält, so mag sie uns, gemäß ihrem Angebot, eine Abschrift des angeblichen Rundschreibens einsenden. Wir sind gern bereit, ihr die entstandenen Portokosten zu ersetzen. Wenn die „Bergwacht“ auch noch die Schreibarbeiten vergüten haben will, so müssen wir das ablehnen, damit nicht die Arbeitszeit der sozialdemokratischen Redakteure die durch Abschreiben ausgefüllt ist mit bezahlten müßigen. Der Skribist der „Bergwacht“ demüht sich trampfhaft, auch einmal ein Witzchen zu reizen und fragt an, ob vielleicht unser Genosse Kanji, den er als „Exredakteur“ bezeichnet, bei der Uebergabe der Redaktionsgeschäfte das erwähnte Zirkular mitgenommen haben könnte. Neugierig, wie die Bergwächter nun einmal sind, wird auch die Anfrage gestellt, ob vielleicht die Redaktion der „Nachtpost“, (sprich Nachpost) Auskunft geben kann. Der witzbegierige Berg-Nachwächter hätte sich seine Frage ersparen können, zumal sein Blatt doch in so wichtigen Beziehungen zu der Nachtpost steht, und erst vor einigen Wochen aus der Jauchegrube dieses Blattes Eimer von Schmutz gegen die Kommunisten schöpfte. An dieser Gewohnheit scheint die Redaktion der „Bergwacht“ weiter festzuhalten, da sie sich mit den Anwürfen des Gruschwitz gegen unseren Genossen Kanji identifiziert. Gegenüber der von der „Bergwacht“ und von der „Nachtpost“ diesem edlen Geschwisterpaar, aufgestellten Behauptung, daß Genosse Kanji nicht mehr Redakteur der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ ist, stellen wir fest, daß Genosse Kanji nach wie vor in der Redaktion tätig ist und den politischen Teil unseres Blattes bearbeitet. Die Verleumdung des Inpreßums steht in keinerlei Zusammenhang mit den Anwürfen des Gruschwitz. Wenn die kommunistischen Blätter ihre verantwortlichen Redakteure öfters ändern, liegt es lediglich daran, daß das Strafkonto derselben Redakteure sehr schnell gefüllt ist, und daß im finanziellen Interesse des Blattes ein weniger vorbestrafter Genosse den größten Schaden ablösen muß. Für die „Bergwacht“, „Volkswacht“ und andere Organe sind die Zeiten, wo sie mit dem Staatsanwalt in Konflikt kamen, ja längst vorüber. Seit der Revolution hat auch noch nicht ein einziger sozialdemokratischer Redakteur in Schlesien einen Tag Gefängnis erhalten. Wenn aber, wie im Falle Janus, ein kommunistischer Redakteur drei Monate Gefängnis erhält, so halten die sozialdemokratischen Organe es für einmal für nötig, davon Notiz zu nehmen. Sie finden das ganz in der Ordnung. Und diese Sippenschaft mag es, Witzchen zu reizen, wenn wir unsere verantwortlichen Redakteure wechseln. Das Schmeißerpaar Bergwacht unterwerdet sich immer weniger von der Nachtpost. Ein feines Geschwisterpaar!

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Die Arbeiter der Eisengießerei und Maschinenfabrik „Carlshütte“ in Wittwer lehnen die sogenannte Ruhrhilfe ab.

In einer am 7. März abgehaltenen Betriebsversammlung sollten die Arbeiter entscheiden, ob sie bei der von der Gewerkschaftsleitung über das Bohnenfeld hinaus getriebenen Ruhrhilfe zustimmen sollten. Zu dieser Versammlung war auch der Geschäftsführer Dähler vom DMB, sowie der unheimlichste Herr Stitta von DMB erschienen, um der Arbeiterhülfe die Ruhrhilfe mit aller Kränken der Ueberredung schmacht zu machen. Geschäftsführer Dähler vom DMB versuchte nun auch sein Möglichstes, indem er seine, leider weit über die Maß abzielende die geschickt mit ethischen raffalen Floskeln auch ihren Eindruck versuchte. Dähler, der die Arbeiter der Carlshütte dieser Ruhrhilfe gegenüber ablehnend verhalten ist nicht zu verwundern, wenn man sich die Lebensverhältnisse der Sattelmacharbeiter der Meibersschleichen Darbheides betrachtet, und dabei erkennt, daß dann der verlebten Kohlenkatt des DMB, die niederschleichen Metallarbeiter selbst am Notwendigsten Mangel leiden.

In der auf das Referat des Geschäftsführers Dähler stattgefundenen Aussprache gingen die Genossen Kästke und Urdelt auf die Ursachen der Ruhrbesetzung ein und schilderten den Kollegen ausführlich, welchen Zwecken diese sogenannte Ruhrhilfe dienen soll. Genosse Urdelt führte an, man solle statt den vom Kapitalismus ausgeplünderten Arbeitern einen Stundenlohn abzurufen, um damit eine kapitalistische Mache zu stützen, lieber denen die Mittel abnehmen, die diese Not und das Elend im Ruhrgebiet verschuldet haben, die diese Ruhrbesetzung herbeigeführt haben und dabei trotz aller Not noch Milliardengewinne einsacken. Man treibe doch endlich die Besitztümer ein und erlasse endlich und gründlich die Sachwerte, damit wird es auch möglich sein, alle Not zu lindern und all den Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nachzukommen ohne dem Arbeiter von seinem Hungerlohn noch einen Stundenlohn abzunehmen für die durch den Kapitalismus hervorgerufenen Not. Wenn die Arbeiterhülfe Opfer bringen soll, dann aber nur für ihre eigenen Kämpfe und der daraus schließlich hervorkehrenden Opfer dieser Kämpfe gegen den Kapitalismus.

Waren bisher die Ausführungen der Redner streng sachlich geblieben, so änderte sich dieses mit dem Eingreifen des Geschäftsführers Stitta vom DMB. Dieser versuchte die ganze Angelegenheit zu einer wüsten Kommunistenbeize zu machen und fing weidlich auf diese sowie auf die schlesische Arbeiter-Zeitung und Genossen Arbeit zu schimpfen an. Letzterem warf er vor die Arbeiter der Carlshütte kommunistisch und gegen die Ruhrhilfe verhetzt zu haben.

In seinem Schlusswort versuchte Geschäftsführer Dähler für seine Ruhrhilfe noch zu retten, was zu retten möglich war, nur auf die Ausführungen der Genossen Kästke und Urdelt verzichtete er in aller Aufregung einzugehen sondern suchte noch einmal mit aller Rungkraft den Arbeitern die Ruhrhilfe als nationale Notwendigkeit plausibel zu machen unter Zuhilfenahme einer kleinen Kommunistenbeize. Doch alle Mühe war vergeblich. Die darauf folgende Abstimmung ergab die Ablehnung der Ruhrhilfe mit überzogener Majorität gegen einige wenige Befürworter.

Bericht von der am 16. März stattgefundenen Mitgliederversammlung des Zentilarbeiterverbandes Freiburg.

Der erste Vorsitzende, Kollege Kochus, eröffnete um 8 Uhr die Mitgliederversammlung und erteilte Kollegen Scholz-Landesheit zum ersten Punkt das Wort zu seinem Vortrag. Kollege Scholz erklärte anfangs seines Vortrages, es müßte das angefaßt werden, was während des Krieges liegen geblieben ist. Nur durch reiflichen Zusammenschluß aller Arbeiter innerhalb den freien Gewerkschaften kann die elende Lage der Arbeiterhülfe gehoben werden, aber nicht durch Arbeitsgemeinschaft sondern durch Klassenkampf. Es ist Sache der Arbeiterhülfe, ihre Führer zu zwingen, wenn sie nicht selbst den Mut besitzen, dieser Ausbeuterclique die Stirn zu bieten, denn die Betreibung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Hoffentlich legt die Arbeiterhülfe diese Worte bald in die Tat um und jagt die reformistischen Führer, die sie ständig in ihrem Kampf hindern, halb zum Scheitern. Vor dem Kriege wollte man der Arbeiterhülfe das Streikrecht rauben, was es aber nicht in stande. Jetzt nach dem Kriege ist es uns nicht direkt aber indirekt geraubt worden, indem man fast jeden Streik als wilden Streik erklärt. Die Arbeiterhülfe leidet Hunger und bittere Not, während das Unternehmertum schlammern und prassen kann. Kollegen Köbel und Süßenbach erklärten, man könne sich mit den Ausführungen des Kollegen Scholz einverstanden erklären und ermahnten die Versammelten, all das zu beherzigen und die Worte in die Tat umzusetzen. Der zweite Punkt: Bericht vom Betriebsobmann müßte fallen gelassen werden, weil dieser es vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen. Unter dem dritten Punkt gab Kollege Hund einen kurzen Bericht über die Gaudonferenz, welche in Bieslau stattgefunden hat. Unter Anträge und Bescheidenes gab Kollege Köbel einen kurzen Bericht über die letzte Kartellisierung. Darauf erfolgte eine längere Aussprache über sonstige Angelegenheiten. — Schluß der Versammlung 11 Uhr.

Erfolge kommunistischer Gewerkschaftsarbeit in O-S.

Bei der Wahl zum Vorstand des deutschen Metallarbeiterverbandes in Oestrich gingen in den Vorstand 5 Kommunisten und 4 USPD-Genosse. Behr wurde zum 2. Bevollmächtigten (unbefolgt) gewählt.

Zahlkassenversammlung der Bergarbeiter in Waldenburg.

Die Bergarbeiter forderer proletarischen Selbstschutz. Sa der Referent verhindert war zu erscheinen, wurde der erste Punkt fallen gelassen und es gab an erster Stelle Genosse Sellig den Bericht der letzten drei Kartellversammlungen. Hierbei wurde in der darauffolgenden Diskussion noch insbesondere zur Frage der Ruhrhilfe Stellung genommen und von Seiten der Mitglieder der ablehnende Standpunkt der Delegierten für gut befunden. Ferner wurde zur Generalversammlung Stellung genommen und hierbei der Kamerad Hänfel als Delegierter und Kamerad Herda als Ersatzmann gewählt.

Als dann wurde auch das Resultat der Statutenänderungskommission bekanntgegeben, wobei vor allen Dingen zu bemerken ist, daß darin kein einheitliches Arbeiten möglich war, da die Anträge zur Änderung des Statutes, welche von Genossen Stiedel in Vorschlag gebracht wurden nicht angenommen wurden. Als dann gab Genosse Gieseler diese Anträge nochmals bekannt, an die sich eine rege Debatte anschloß. Trotz der Wichtigkeit dieser Anträge konnte sich die Versammlung nicht entschließen, dieselben anzunehmen. Am Schluß der Versammlung wurde vom Genossen Sellig folgender Antrag eingebracht und einstimmig angenommen: Die heute hier versammelten Mitglieder der Zahlkassen Waldenburg-Altstadt verlangen infolge der immer größer werdenden Gefahr des Faschismus, daß die Bezirksleitung nicht unberücksichtigt läßt, um einen proletarischen Selbstschutz ins Leben zu rufen, der zu bilden ist aus den bestorgenen Mitgliedern der Gewerkschaften.

Der Obpel der Gemeintheit!

Ein Arbeiter schreibt uns: 'Trotzdem erst am 8. d. Mts. die Gewerkschaften den Beschluß gefaßt hatten, die Pflicht resp. Zwangsarbeit abzulehnen, und diesen Beschluß auch jetzt fast restlos zur Durchführung bringen, erlauben sich jetzt die Herren Stadtrat Fischer sowie Syndikus Männchen folgende Anordnung zu erlassen: Denjenigen Arbeitlosen, welche die Pflichtarbeit sich eigenem zu leisten, ist ein Drittel der Wochenunterstützung zu entziehen. Wirklich, höher geht die Proportation gegenüber den Gewerkschaften nicht mehr. Man will die Gewerkschaften zwingen, zum Verräter gegen ihre eigenen Angehörigen zu werden. Inzwischen mehren sich aber die Fälle, wo den Arbeitlosen auf Grund der Ablehnung der Arbeitsleistung die ganze Unterstützung entzogen wird. Nebenbei sei bemerkt, daß der Gewerkschaftsrat in der letzten Versammlung unambiguos erklärt hat, daß, wenn die Arbeitlosen erneut den Beschluß fassen und sie diesen auch zur Durchführung bringen, sie eventuell auch die Konsequenz zu ziehen haben. Es dürfte jetzt aber an der Zeit sein, daß dem provokatörischen Vorgehen dieser Herren, denen proletarische Ehre, unter Anstich nach, ein vollständig leerer Begriff ist, ein energisches "Galt" zu gebieten. Andererseits ist es jetzt Aufgabe der Kollegen im Staats- und Gemeindegewerkschaftsverband und der anderen Gewerkschaften, die Arbeitlosen in dieser wie überhaupt in jeder Beziehung moralisch zu unterstützen. Wir meinen das in dieser Beziehung, daß sie ihre Vertreter zwingen, daß diese Angelegenheit in der nächsten Stadtsitzung zur Verhandlung zu bringen wird. Denn es dürfte wohl auch den Arbeitern in den Betrieben demüßig geworden sein: "Heute sind wir, morgen sind wir leicht schon wir arbeitslos." E. A.

Oblan. SPD. und Zentrum Arm in Arm. Am Sonntag, den 11. März fand im Saale des "Preussischen Hofes" eine von der Vaterländischen Arbeitsgemeinschaft einberufene Kundgebung statt, in welcher der Zentrumsmann Rechtsanwalt Dr. Ferschel aus Breslau und der SPD-Stadtrat K. u. o. b. l. o. sprach. Eingangs der Versammlung sprach der Leiter einige Worte über die Bedeutung der Veranstaltung, die keinen realen Zweck (?) verfolgte, sondern lediglich unseren Brüdern und Schwestern an der Ruhr und Rhein unsere Anteilnahme bekunden soll. Am Schluß seiner Ansprache führte er aus, die Anwesenden müßten der Regierung Guno in ihrem schweren Kampfe den Rücken stärken. Nun zu den Ausführungen des SPD-Stadtrats Knobloch. Selbiger schilderte persönliche Eindrücke und Geschehnisse aus dem Ruhrgebiet. Er sagte u. a., daß an dem passiven Widerstand der Ruhrarbeiter der französische Raubzug scheitern wird. Am Schluß seiner Ausführungen erklärte er, daß uns nicht zehn, auch nicht 100 Gebote helfen können, sondern nur das eine Gebot und zwar: "Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst!" Herr Stadtrat Knobloch glaubt wohl selbst nicht daran, daß diese Herrschaften, die am Sonntag so klar vertreten waren, diese Worte in die Tat umsetzen werden. Wir glauben, die Arbeiterklasse hat genug Erfahrungen mit ihnen gemacht. Aus diesem Grunde können wir es nicht verstehen, daß sich ein Arbeitervertreter zu so einer Kundgebung als Redner zur Verfügung stellt. Wir fragen hiermit in aller Deutlichkeit die in der SPD organisierte Arbeiterklasse Oblan an, ob sie mit der Handlungsweise eines Knobloch einverstanden ist. Am Schluß wurde nochmals an den Nationalismus appelliert, indem der Versammlungsleiter aufforderte, stehend folgende Worte nachzusprechen: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Dann wurde ein dreifaches Hoch auf unser teures Vaterland ausgebracht. Zum Schluß sang die ganze bürgerliche Gesellschaft die Nationalhymne (Deutschland, Deutschland über alles!). Die Oblaner Arbeiterklasse hatte durch ihr Fernbleiben bei dieser Kundgebung bewiesen, daß sie mit diesem Hummel nichts zu tun haben will. Wir Kommunisten rufen der Oblaner Arbeiterklasse zu: Zeichnet ein Geld für den nationalen Streikfonds, haltet die Augen auf und die Taschen zu. Lehnt den Einheitsrummel ab.

Waldenburg. Aus der Partei. Die von der Kreisleitung Waldenburg für die proletarischen Opfer des Kampfes veranstaltete Sammlung hat folgendes Ergebnis gezeigt: Ortsgruppe Dittesbach 1700 Mk., Neu-Salzbrenn 1200 Mk., Wülfegiersdorf 19700 Mk., Komradsthal 3050 Mk., Schwarzwaldbau 1530 Mk., Langwallerstorf 650 Mk., Görschsbors 1810 Mk., Waldenburg 1700 Mk., Ober-Heinrichsdorf 2790 Mk. Die übrigen Ortsgruppen haben noch nicht abgerechnet.

Hirschberg. Die der Wohnungsbaufaktoriert wird Man schreibt uns: 'Das Hirschberger Stadtparlament hat wieder einmal gezeigt, daß es alles andere kann, nur nicht proletarische Interessen vertreten. Durch die Wohnungsbaufaktoriert wurde und war die Stadtgemeinde Hirschberg in der Lage, ein bis zwei Familienhäuser zu bauen. Das wichtigste Baumaterial war dazu angekauft worden. Jetzt haben die Stadtverordneten in der letzten Sitzung beschloffen, die Hiegelsteine zu verkaufen, und zwar an die Firma Deutzer in Hirschberg, und zwar weit unter dem Tagespreis. Wenn auch die SPD-Mitglieder in Minderheit sind, so mußten

Re sich etwas mehr rühren, noch mehr, sie mußten es den Arbeitern von Hirschberg voröffentlichen. Sie hätten an Beispielen genügend anführen, wenn sie nur wollten, den Arbeitern zeigen, wohin die Reise geht, zumal da Hirschberg genug Obdachlose hat.

Bombesbat. Der Bericht vom Bezirksparteitag wird in der Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr, in der "Sonne" gegeben. Jeder Genosse, jede Genossin, aber auch alle Sympathisierenden sollen zu dieser Versammlung erscheinen. Nach dem Parteitagbericht wird noch eine Aussprache über die Demonstration und die Anpöbelungen der "Bergwacht" stattfinden. Die Ortsleitung.

Arbeiter! Parteigenossen!

Während die faschistischen Organisationen ihre letzten Vorbereitungen zum blutigen Überfall an der Arbeiterklasse, zur Zerstörung ihrer Organisationen treffen, berührt die bürgerliche Presse, ja selbst ein großer Teil sozialdemokratischer Blätter, die Arbeiter vor den nationalistischen Karren zu spannen.

Arbeiter, Parteigenossen! Wollt Ihr wissen, wie es die Faschisten im Ruhrgebiet treiben, was mit dem Ruhrnotopfer geschieht, wie die Fronten aussehen, dann kommt am

Dienstag, den 20. März, abends 7 Uhr, in den Schießwerder (großer Saal), zur öffentlich. Massenversammlung Agitiert in den Betrieben, auf der Straße, in Euren Wohnstätten. Sorgt für Massenbesuch.

Landau. Unangebrachte Geheimnisfrämerei. Am 8. März wurde in der öffentlichen Schöffensitzung ein sensationeller Hazardspielprozess verhandelt. Es hatte sich eine ganze Anzahl Arbeiter eingefunden, die dem Prozess als Zuhörer beimohnen wollten. Für die Angeklagten, die sich meist aus den "Oberen Zehntausend" zusammensetzten, war dies sehr peinlich. Der Vorsitzende des Schöffengerichtes, Amtsgerichtsrat Fr. u. h. u. b., zeigte hierfür Verständnis und erklärte, es sei keine öffentliche Verhandlung. So mußten die erschienenen Zuhörer wieder abziehen. Die Verhandlung war aber trotzdem keine geheime, denn vier auswählbare Personen wurde gestattet, daran teilzunehmen. Es handelt sich hier also nur um eine niedrige Schiene des Schöffengerichtes, die freilich bei der Klassenjustiz der deutschen Republik nicht sonderlich anmutet. Die Arbeiter müssen daraus lernen, daß sie solche Niederträchtigkeiten nur damit beseitigen können, daß sie die kapitalistische Gesellschaft samt ihrer Klassenjustiz zertümmern.

Wülfegiersdorf. Auf Lehrlingsausbeutung verweist sich der Schlossermeister Spittler von hier ausgezeichnet. Ohne mit einer Wimper zu zucken, zahlt er seinen Lehrlingen den herrlichen Lohn von drei-, vier- und fünfshundert Mark pro Woche. Wenn jemand glaubt, daß die Lehrlinge bei einem solchen Lohn wenigstens die Kost dort hätten, so irrt er. Dafür müssen die Eltern sorgen, welche durch die schlechte Konjunktur in den Fabriken nur 4 Tage arbeiten können, oder die Großmutter des einen Lehrlingen, welcher Waise ist, hat für Beschäftigung und Kleidung zu sorgen. Für vierhundert Mark!! Dabei tragt der biedere Meister jeden Sonntag in die Kirche. Aber so ist es ja immer. Auf der einen Seite zeigen sie sich als die Frömmsten der Frömmsten, auf der anderen Seite laugen sie ihren Nächsten das Blut aus, um sich damit zu mästen.

Frauen und Mütter, erwacht! Vor einiger Zeit besahe ich eine kombinierte Sitzung von Vertretern der hiesigen Landwirtschaft, dem Gemeindevorsteher und Vertretern des Gewerkschaftsstellens mit der Milchversorgung. Es wurde folgendes Übereinkommen getroffen: die Landwirtschaft liefert pro Tag 100 Liter Milch an die Verkaufsstelle, welche bei dem Grobmeister Langner eingerichtet wird. Ab 12. März beginnt der Verkauf. Dieser wurde ebenfalls Herrn Langner überwiesen. Vorläufig ist die Milch nur an Kranke und kinderreiche Familien abzugeben. Die Kontrolle wird von den Gewerkschaftsvertretern mit ausgeübt. Dieses über den Sachverhalt! Daß es bei dieser Einrichtung ein Murren unter den Arbeitern geben würde, vorwiegend unter den Frauen, hat man sich nicht überlegt. Schon am ersten Verkaufstage hat sich gezeigt, daß die Frauen mit der Art der Einrichtung, so wenig wie mit dem Preis der Milch zufrieden sind. Denn vorher konnten sie für 450, ja sogar noch billiger, die Milch von den Landwirten beziehen, jetzt geben sie für den Liter 590 M. als 140 M. mehr! Diese 140 M. sind natürlich für die Mühe des Herrn Langner, so daß der Nebenverdienst ein ganz hübsches Einkommen dem gewiß nicht Not leidenden Glasermeister sichert. Die Empörung der Frauen ist also eine gerechte, denn es werden gerade genug Wucherer und

Gauner von den Arbeiterfrauen erhalten. Frauen und Mütter, duldet das nicht. Laßt Sturm dagegen. Glaubet aber nicht, daß euch leeres Protektieren helfen wird. Nur dann, wenn ihr kämpfen werdet, wird auch diese Einrichtung zu euren Gunsten umgeändert werden. Fordert von der Gemeinde, daß die Verkaufsstelle die Gemeinde ganz übernimmt, daß sie die dazu erforderliche Beheizung bezahlt und einen Raum dafür mietet. Zwar ist euch dann noch nicht ganz geholfen, wohl wird der Preis der Milch dadurch niedriger, aber trotzdem werdet ihr nicht in der Lage sein, diese ständig zu kaufen, denn dazu ist euer Lohn zu gering. Fordert darum, daß die Gemeinde Zuschüsse gibt, damit die Milch noch billiger verkauft werden kann. Die Gemeinde wird es nicht wollen, deshalb müßt ihr kämpfen, wählt euch aus euren Reihen einen Kontrollausschuß, der auch in diesem Kampfe führen soll. Der Unterstützung der revolutionären Arbeiterklasse seid ihr gewiß. Also, ran ans Werk! Wählt euch einen Kontrollausschuß.

Dombrowa a. Oder. Sammelt nicht Schätze, die Kost und Motten fressen! Daß es der hiesige Pfarrer Diegotta mit obigen Worten für seine eigene Person nicht ernst nimmt und demnach die Bibel nur für seine Schätze Geltung hat, beweist folgendes: Für eine Beschließung fordert derselbe einen Zentner Roggen. Geld wird nicht angenommen. Hat der neugebackene Ehegemaß keinen Roggen, muß so zahlen der Schwiegervater. Einer von beiden wird wohl welchen haben. Daß der "Hochwürden" vom nächsten, der an den Altar trat, Kohle forderte, wer demnach nicht mehr verwunderlich, daß derselbe aber von einer Witwe für eine Beerdigung zwei Zentner Gerste forderte und auch hier die Annahme von Geld verweigert, trotzdem die Frau ihr einziges Schwein verkaufte, um das Geld zur Bezahlung zu erlangen, ist ein starkes Stück. Als nun die Frau die Gerste nicht beschaffen konnte, droht dieser Pfarrer gegen den Bruder der Witwe mit der Anklage. Man weiß nicht, über was man sich mehr wundern soll, über diesen Pfarrer, oder über die "Armen im Geiste" die solchen Leuten nachlaufen.

Steinitz. Aus der Partei. Mittwoch, den 21. März 1933, nachmittags 5 Uhr, findet im Rüttingerhaus eine außerordentliche Generalversammlung statt. Rüstet Genosse Oelkner, Breslau. Pflicht eines jeden Genossen ist es, zu erscheinen, da sehr wichtige Tagesordnung.

Bersammlungs-Kalender.

- Für jede Zelle mit drei Werten, wobei ein Betrag von 10.4 geachtet wird.
KPD Bezirksleitung: Büro u. Kass.: Breslau, Trebnitzstr. 50.
KPD Bezirksleitung: Büro u. Kass.: Breslau, Trebnitzstr. 50.
Breslau. Achtung Agitationskretel. Dienstag, den 20. März, abends 7 Uhr, findet im ...
KPD Bezirksleitung: Büro u. Kass.: Breslau, Trebnitzstr. 50.
KPD Bezirksleitung: Büro u. Kass.: Breslau, Trebnitzstr. 50.

KJD

- KJD Bezirksleitung: Mar. Bläser, Breslau 1, Fickelstr. 5.
KJD Bezirksleitung: Mar. Bläser, Breslau 1, Fickelstr. 5.
KJD Bezirksleitung: Mar. Bläser, Breslau 1, Fickelstr. 5.

Gewerkschaften

- Breslau. Mitglieder des Breslauer Bekleidungsarbeiter-Verbandes (Baak) sowie unorganisierte Schneider (innen) erscheinen am Dienstag, den 27. März, abends 7 Uhr, im ...
Breslau. Mitglieder des Breslauer Bekleidungsarbeiter-Verbandes (Baak) sowie unorganisierte Schneider (innen) erscheinen am Dienstag, den 27. März, abends 7 Uhr, im ...

Andere Organisationen

- Breslau. Internationaler Bund der Kriegsoffer. Donnerstag, den 22. März, abends 7 Uhr, in den Räumen der ...
Breslau. Internationaler Bund der Kriegsoffer. Donnerstag, den 22. März, abends 7 Uhr, in den Räumen der ...

Schwarzspieldhaus. Zeltgarten. 146. ... Das Valatamädel. Operettensuppe, 3 Aktien. Vorverkauf Barasch.

Zahle die höchsten Preise für Gold-, Platin-, Silberbruch, etc. Streng reelle Bedienung. Einkauf täglich 8-7 Uhr. Ueberbiete jeden Konkurrenzpreis. Bei steigendem Dollar sofort höhere Preise. Kett Zahn unter 4000.- Mk. Knopfstifte die Hälfte. Breslau, Matthiasstr. 18 I. Th. Schade.

Dollar-Schakanweisungen des Deutschen Reiches. garantiert von der Reichsbank, am 15. April 1926 mit 120% rückzahlbar. Stücke zu 5, 10, 20, 50 und 100 Dollar. Zeichnung vom 12. bis 24. März d. Js. Zeichnungen werden bei den unterzeichneten Zeichnungsstellen entgegengenommen. Prospekte mit den näheren Bedingungen liegen bei allen Zeichnungsstellen auf und werden auf Wunsch abgegeben. Reichsbank-Hauptstelle. Commerz- und Privatbank. Darmstädter und Nationalbank. Schlesischer Bankverein, Filiale der Deutschen Bank. Direction der Disconto-Gesellschaft. Dresdner Bank. Eichborn & Co. E. Heimann. Kommunalbank für Schlesien. von Wollenberg-Pachaly & Co. Allgem. Deutsche Credit-Anstalt, sowie sämtliche Zweiganstalten der vorgenannten Banken.

Altmetalle. Kupfer, Messing, Zinn, Eisen und Zink. kauft zum Tageskurs. August Hoffmann. Backwaren et. und Fischwarengeschäft. Breslau 8, Bräderstr. 34. vorn im Laden. Tel. R. 3095 Nebenstelle.

Wohnungsgebot. Wo kann jung. Ehepaar bei alterer alleinstehender Witwen in Bestheim oder Umgebung wohnen. Als Gegenleistung verpflichtet ich mich für ihren Lebensunterhalt vollständig zu sorgen. Angebote an Aug. Schmidt, Bestheim, Amr. Str. 12 bei Engel.